

WALTER HALLSTEIN-INSTITUT FÜR EUROPÄISCHES VERFASSUNGSRECHT



FORUM CONSTITUTIONIS EUROPAE

FCE 2/08

WOZU EUROPA?

BERNARD KOUCHNER

FRANZÖSISCHER MINISTER FÜR AUSWÄRTIGE UND EUROPÄISCHE ANGELEGENHEITEN

**Vortrag an der Humboldt-Universität zu Berlin
am 24. April 2008**

- ES GILT DAS GESPROCHENE WORT -

*Das Forum Constitutionis Europae ist eine gemeinsame Veranstaltung des
Walter Hallstein-Instituts und der Robert Bosch Stiftung.*

Nun, weil ich vor einem Monat in Slowenien war, wo ein informelles europäisches Treffen stattfand, zu dem alle Außenminister der Balkanländer eingeladen waren. Alle diejenigen, die sich wie ich daran erinnern, wie es vor zehn Jahren auf dem Balkan aussah; die sich an die Wunden und Schmerzen dieser Bürgerkriege, dieser Familienfehden erinnern, hat die schlichte Tatsache, dass man all diese mittlerweile unabhängigen Länder unter Friedensvorzeichen zusammenrufen kann, zutiefst berührt. Es war der Abschluss einer beachtlichen Entwicklung, auch im Falle Serbiens und des Kosovo, die beide Seite an Seite saßen. Es war der Beweis, dass Fortschritt möglich war; und die Gewissheit, dass er über Europa erfolgt.

Es ist Europa zu verdanken, dass nur zehn Jahre nötig waren, zehn lange Jahre für eine Aussöhnung, die sicherlich noch nicht vollkommen ist, für deren Zustandekommen allein aber in früheren Zeiten Generationen, ja Jahrhunderte nötig gewesen wären.

Europa – das ist Versöhnung.

Das Treffen in Ljubljana lässt mich an eine andere Begegnung, ebenfalls auf dem Balkan, denken. Und zwar 1999 im Kosovo. Als UN-Beauftragter für die Provinz musste ich mich ständig mit dem befehlshabenden General der 45.000-Mann-starken Truppe abstimmen, ohne die meine Arbeit dort nicht möglich gewesen wäre. Als ich anfang hatte diesen Posten ein Brite inne, Mike Jackson. Auf ihn folgte bald darauf Klaus Reinhardt. Ich war Franzose, er Deutscher; ich hatte Erfahrung als militanter Aktivist, er war Soldat aus Tradition. Aber diese Unterschiede verloren schnell an Bedeutung. Wir waren etwa gleich alt. Als Student war er 1968 kurz in Versuchung, sich der Rebellion anzuschließen, hatte an zwei oder drei Demonstrationen teilgenommen. Letztlich aber wollte er, wie ich, lieber selbst etwas gestalten, ging zum Militär und wurde General.

Im Kosovo gab es keine politische Geste, keine Pressekonferenz, keine Reaktion auf einen Mord, wo wir nicht gemeinsam auftraten, so dass man uns bald die *twin brothers* (Zwillingsbrüder) nannte. Wie oft haben wir angesichts des Mordens beide gesagt: „Versteht doch, nur Europa wird euch da herausführen. Ihr seid zwar weder mit den Serben, noch mit dem Hass fertig, aber schaut uns an: Nach Jahrhunderten des Kampfes haben Frankreich und Deutschland sich aller Mittel entledigt, mit denen sie sich bekämpfen konnten. Wenn wir das können, könnt ihr das auch.“ Oftmals haben wir uns dabei an den Händen gehalten.

Hat unser Beispiel wenigstens ein paar Serben und Kosovaren überzeugt?

Ich will noch kurz bei den kleinen Gesten verweilen, die für Europa stehen: der Kniefall Willy Brandts im Warschauer Ghetto, Kohl und Mitterrand Hand in Hand in Verdun, dieses Treffen in Slowenien, wo die Balkanländer – wenn auch unter Schmerzen, wenn sie auch manchmal so getan haben, als wären sie sich noch nie begegnet – gemeinsam den Weg des Friedens eingeschlagen haben.

Europa? Das waren zunächst Männer und Frauen, Träume, Emotionen.

Europa? Das war zunächst ein Gefühl. Ein radikal neues Gefühl, in seiner Tragweite wie auch in seiner Allgemeingültigkeit. Ein Gefühl, dessen Banalisierung wir nicht zulassen dürfen. Vor 60 Jahren sahen das nur einige wenige Visionäre so klar. Unsere Eltern, unsere Großeltern fühlten sich nach dem Krieg als Franzosen oder als Deutsche, ganz selten nur als Europäer.

Warum also Europa? Vor allem, um diesen mutigen Weg weiterzugehen, den unsere Väter und Mütter eingeschlagen haben und all jene, die es fertig gebracht haben, gegen den Strich, gegen ihre Neigung zu denken, sich selbst überwunden haben und sich über die Kriege, den Hass und die Trauer hinaus als Brüder angesehen haben. Also unsere Eltern, die den enormen Mut hatten, den Weg der Versöhnung vorzugeben.

Versöhnung ist nie abgeschlossen; sie ist eine ständige Herausforderung, man kann es immer noch besser machen.

Ich gehöre zu denen, die es nicht ertragen, dass der Lauf der Geschichte über individuelles Leid einfach hinweg geht. Ich finde mich nicht damit ab, dass ein Mensch, wer auch immer er sein mag, am Wegesrand zurückbleibt.

Frankreich und Deutschland sind bisher taub gewesen für das Leid der letzten Opfer, unschuldiger und unzeitgemäßer Opfer eines Konflikts, den sie nicht einmal selbst erlebt

haben. Ich spreche von den Kriegskindern; jene, die man in Frankreich beim schrecklichen Namen *enfants de boches* nannte; zehntausende späte Opfer der Gewalt zwischen unseren Völkern.

Oft Kinder einer verbotenen Liebe; schuldbehafteter, verachteter Liebesbeziehungen; Söhne von bei Kriegsende kahlgeschorenen Frauen, die von den Leuten angespuckt wurden; Sprösslinge von verdamnten Frauen und von Vätern, an die jegliche Erinnerung ausgelöscht werden sollte. Diese Kinder, die heute erwachsen sind, fordern jetzt, 60 Jahre danach, von uns, dass endlich ihr Unglück, ihr Leben, ihre Identität anerkannt wird.

Ihre Identität – eine Identität aus Krieg und Leid, aus Liebe und Hass – ist die Identität Europas. Schenken wir der wundervollen Versöhnungsarbeit, die manche von ihnen – meist unter großem Schmerz – geleistet haben, Gehör. Und gewähren wir den letzten Opfern, die jetzt danach fordern, eine gerechtere Anerkennung ihrer so schweren, so schrecklich europäischen Geschichte.

Dass man mich nicht falsch versteht: ich möchte keinesfalls die Geister der Vergangenheit beschwören. Es geht nicht darum, die Dramen von früher wieder aufzurollen, sondern die noch bestehenden anzuerkennen. Damit wir dahin kommen, dass niemand in Frankreich und in Deutschland seine Herkunft leugnen muss, weil sie auf der anderen Seite des Rheins zu finden ist.

Ich möchte daher heute einen – wenn auch noch im Anfangsstadium befindlichen – Gedanken anstoßen: Wäre es nicht im Sinne Europas logisch, wenn wir denen eine Anerkennung gewähren, deren Leben zwischen unseren beiden Ländern geteilt ist? Könnten Sie, als Symbole für ein Europa, das trotz der Kriege entstanden ist, nicht ihre französisch-deutsche nationale Identität tatsächlich wirklich werden lassen?

Nicht alle wollen eine doppelte Staatsbürgerschaft; die meisten fordern eine symbolische Geste. Wie diese Geste auch aussehen mag: Ich schlage vor, dass zunächst einige französische und deutsche Kapazitäten – Archivare, Historiker, Juristen, Philosophen u. a. – damit beauftragt werden, in gegenseitiger Abstimmung und in Transparenz die konkreten Modalitäten auszuarbeiten. Ich tue dies vor Ihnen, Herr Falguière und Frau Brunne, die Sie Kriegskinder sind und heute mit mir hier her gekommen sind.

Europa, das aus der Versöhnung heraus entstanden ist, darf sich nicht davor fürchten, diese Aussöhnungsarbeit mit denen fortzuführen, die noch leiden. Es sind die Kinder unserer beiden Länder.

Fehlt der Geschichte das Gedächtnis?

Wir müssen uns vor allem daran machen, wieder ein gemeinsames Ideal zu finden, ein Ideal, das auf die Jugend gerichtet ist. Sie verlangt danach. Es liegt an uns ihr beibringen, wie wertvoll die Geschichte der deutsch-französischen Versöhnung und der Vereinigung Europas ist.

Herausragende Projekte wie das gemeinsame deutsch-französische Geschichtsbuch, dessen zweiter Band soeben erschienen ist, helfen uns dabei. Das in zwei Sprachen verfasste Buch gleich lautenden Inhalts ist ein ganz neuartiges, ein revolutionäres Projekt, wenn ich denn dieses Wort noch benutzen kann; es weckt ein enormes Interesse in Osteuropa, auf dem Balkan, in Japan – überall dort, wo die Frage der Aussöhnung mit den Nachbarn noch akut ist. In all diesen Ländern bewundert man die Kühnheit eines solch ehrgeizigen Projektes.

Geben wir an unsere Kinder den Wunsch weiter, diese Flamme in ihrem eigenen Interesse nicht erlöschen zu lassen.

Sie erwarten von uns die Antworten auf Probleme, die sie kommen sehen. Sie erwarten von unseren beiden Ländern, dass sie gemeinsam die positive Globalisierung erfinden und gestalten mögen, damit sie die Welt lieben und stolz auf Europa sein können. Wir können ihnen nur durch einen gemeinsamen Willen Frankreichs und Deutschlands antworten. Europa wird ohne unsere beiden Länder nicht erwachsen werden. Europa wird nicht erwachsen werden, wenn es nicht in der Lage ist, auf die Alltagsprobleme und tiefgründigen Fragen zu reagieren, die sich unseren Bürgerinnen und Bürgern durch die schnellen und ungeordneten Entwicklungen der Welt stellen.

Sie wissen, wie wechselhaft Europa in Frankreich wahrgenommen wird. Sie wissen, dass ambitionierten Politikern, die sich auf tatsächliche Ängste beriefen, das Referendum 2005 als Vorwand diente, um ihre Vorstellungen durchzusetzen. Dies traf auf die Verzweiflung einer Bevölkerung, die sich von einem Vorhaben verraten fühlte, das sie nicht mehr nachvollziehen konnte.

Die Franzosen haben aus Hoffnungslosigkeit mit Nein gestimmt, so wie man sich dem Nihilismus überantwortet.

Und als sie 2007, vielleicht aus Reue, den Kandidaten gewählt haben, der vorgeschlagen hatte, dieses Nein zu überwinden, dauerte es nicht lange, bis die politischen Lagerkämpfe wieder auftauchten.

Auch das ist Europa: die Unterordnung unter mehr oder weniger noble, mehr oder weniger aufrichtige politische Gebote. Und genau das müssen wir berücksichtigen, akzeptieren und gemeinsam überwinden.

Haben die Richtlinien die Utopien erstickt?

Warum soll man 2008 Europäer sein?

Die EU mit ihrer Fixierung auf das „Wie“ und dieser ausschließlichen Fokussiertheit auf die internen Abläufe hat zur Ernüchterung geführt. Mit dem Ergebnis: die beiden „Nein“ von 2005 waren nicht so sehr ein Zeichen für die Missbilligung Europas als vielmehr ein Zeichen der Ernüchterung; eine demokratische Reaktion auf ein zu bürokratisches, zu entrücktes, zu wirklichkeitsfremdes Projekt.

Die EU war zu sehr auf sich selbst konzentriert und hat dabei die Politik vergessen. Heute haben wir diese Phase endlich hinter uns gelassen, was vor allem der deutschen Ratspräsidentschaft zu verdanken ist. Mit dem Vertrag von Lissabon beginnt eine neue Zeit: Wir können endlich daran gehen, das Europa des 21. Jahrhunderts neu zu gestalten.

Wir werden ein neues Europa erfinden. Es wird nicht das Europa der Gründerväter sein, aber es wird deren Idee weitertragen; die Idee, die sich in den Jahrzehnten unseres gemeinsamen Abenteuers entwickelt hat und die heute unsere Identität ausmacht.

Das nämlich ist die Idee Europas: dass wir in der Lage sind, die eigene Bequemlichkeit, das eigene Recht, die eigenen Wahrheiten zurückzustellen und Solidarität mit dem Nachbarn zu üben.

Innerhalb von zehn Jahren hat Europa sich grundlegend verändert. Mit einer jetzt wirklich kontinentalen Ausdehnung und ausgestattet mit umfassenden Verantwortlichkeiten ist es zugleich mit einer sich wandelnden Welt konfrontiert, die seine Positionen, seine Werte und seine Aufgaben in Frage stellt.

In dieser Welt fallen heute zwei schwerwiegende Tendenzen ins Auge, die sich scheinbar widersprechen: eine „Entstaatlichung“ der Welt zu Gunsten von Einflussbereichen und Netzwerken, in der die Macht der Ideen im Widerspruch zur Macht der Kanonen steht; in der Nichtregierungsorganisationen, Unternehmen, Kirchen manchmal mehr Gewicht haben als viele Staaten. Eine Welt, in der die Probleme die Größe der Staaten und die Möglichkeiten der Nationen überschreiten, sei es Klima, Terrorismus, Finanzen oder Gesundheit.

Auf der anderen Seite erleben wir eine massive Rückkehr der Gewalt – der Gewalt ethnischer, nationaler und religiöser Konflikte, mit einem zunehmenden Bedarf an Schutz und Identität, der von den Staaten befriedigt werden soll; mit Staaten, die neue strategische oder finanzielle Ziele verfolgen; mit der Rückkehr der nationalen und territorialen Frage, von der wir dachten, sie sei in die Geschichtsbücher verbannt. Es ist eine Welt, in der der Kampf um die Kontrolle der Ressourcen wieder eine Prägnanz erhält, die man vergessen glaubte; eine Welt, in der die Stabilität wieder auf einem Gleichgewicht der Kräfte zu beruhen scheint.

Da, wo diese beiden Tendenzen aufeinander treffen, gibt es für uns Europa, das eine Handlungsweise verkörpert, die auf demokratischen Grundsätzen und vertraglichen Praktiken beruht; die Antwort auf die supranationalen Fragen; und der Wille, die Machtinstrumente an die neuen Maßgaben des vor uns liegenden Jahrhunderts anzupassen.

Warum Europa? Weil allein Europa eine Globalisierung möglich machen kann, die unserer Geschichte, unseren Werten, unseren Projekten gerecht wird; eine Globalisierung, die nicht auf Kosten der Ärmsten geht.

In dieser sich wandelnden Welt liegt genau da das Bedürfnis nach Europa.

Wenn wir unseren Platz behalten wollen, wenn wir unsere Werte und unsere Interessen verteidigen wollen, dann müssen wir ein Europa des Willens, voll Ehrgeiz und Hoffnung schaffen. Ein Europa der Träume und der Menschenrechte.

Alle Herausforderungen, vor denen wir stehen – ökologische, klimatische, gesundheitliche, finanzielle, sicherheitspolitische oder auch migrationsrelevante – erfordern innovative Antworten. Da muss Europa eine Rolle spielen.

Das sagen uns unsere Partner überall auf der Welt, denen bewusst ist, dass die Europäer ungeheuer einfallsreich sind und dass sich zugleich eine historische Gelegenheit durch die amerikanischen Wahlen bietet.

Wo die Irrungen der scheidenden US-Regierung, u. a. in Bezug auf Irak, die Grenzen einer immer umstritteneren Supermacht aufgezeigt haben, erwartet die Welt von uns einen Mut und eine Kreativität, die nur wir verkörpern können.

Wir müssen uns klar machen, dass das europäische Unterfangen, das – wie ich gerade sagte – zweckentfremdet erscheinen mag, auf globaler Ebene von einem einzigartigen Flair umgeben ist, nämlich dem von Abenteuer und Gerechtigkeit, von der Größe und Idealen; ein Flair, das heute die Nationen überall auf der Welt inspiriert, von Mercosur bis Asean, von der Afrikanischen Union bis Nahost.

Sorgen wir also dafür, dass dieses europäische Ideal über Europa hinaus lebendig ist.

Denn das europäische Modell ist in der Tat ein Beispiel für eine andere Weltordnung, für die schwierige Kombination von Souveränitäten und Vielfalt, für die Vorrangigkeit von einer einzigartigen Form des Respekts und der Brüderlichkeit zwischen Staaten.

Das europäische Modell ist auch ein Beispiel, das heute nach einer genaueren Festlegung in den drei wichtigsten Fragen verlangt, die sich der EU stellen – ihre Grenzen, was sie vorhat und welche Macht sie haben will.

Was die Grenzen betrifft: Alle Erweiterungen der Vergangenheit haben Besorgnis ausgelöst. Doch Europa ist immer größer geworden, ohne an Substanz zu verlieren. Sollte diese Bewegung heute nicht mehr weitergehen? Und wenn sie weitergeht – wissen wir dann, bis wohin und unter welchen Voraussetzungen? Wir sollten keine Angst haben, darüber intensiv nachzudenken, ohne Vorbehalte und ohne Furcht.

Was Europas Vorhaben betrifft: Europa ist gegen den Krieg entstanden, gegen den Kommunismus, gegen den Nationalismus. Es muss jetzt weitergebaut werden zur Bekräftigung einer weniger harten Globalisierung mit demokratischen Regeln. Eine Globalisierung, die mit den Schwächsten sanfter umgeht.

Und schließlich was seine Macht und seinen Einfluss betrifft: Es gibt keine Diplomatie ohne Verteidigung, keine Diplomatie ohne den Willen zur Attraktivität im Dienste unserer Unternehmen und unserer Universitäten. Eine solche Macht und ein solcher Einfluss sind noch zu erfinden, bzw. zu perfektionieren.

Das wird auf der Tagesordnung der Arbeitsgruppe „Horizont 2020-2030“ stehen, die wir unter unserer Ratspräsidentschaft einsetzen wollen: Ihre Aufgabe wird sein, die Fragen und grundlegenden Entwicklungen aufzulisten, mit denen die EU bis zu diesem Zeithorizont konfrontiert sein kann, und entsprechende realistische und auch mutige Antworten darauf zu finden. Ihr Bericht soll beim Treffen des Europäischen Rats im Juni 2010 vorliegen.

In allen wegweisenden Epochen unserer Geschichte, Mittelalter, Renaissance, Aufklärung, war die Botschaft Europas an die Welt eine Botschaft des Vertrauens in die Freiheit des Geistes, in die Macht der Vernunft und in die Initiativekraft des Einzelnen. Und genau diese Botschaft müssen wir heute erneuern, indem wir uns immer wieder die Frage stellen: Warum

Europa? Weil die europäischen Völker, nach Jahrhunderten schrecklicher Zerrissenheit und wundervoller Erfindungen, eine einzigartige politische Reife erlangt haben, die sie vor vielen Illusionen bewahrt und ihnen die Möglichkeit gibt, die ihnen eigene Verantwortung zu übernehmen.

Schließlich will ich vier Beispiele nennen, die untrennbar mit der europäischen Identität verbunden sind und im Bereich derer wir heute unsere spezifische Besonderheit geltend machen müssen. Die ersten beiden Beispiele betreffen das „Erbgut“ der Union, die anderen beiden die neuen Herausforderungen, die wir angehen müssen.

Das Erbgut Europas enthält die Menschenrechte und den Respekt der universellen Rechtsnormen.

Vor gar nicht langer Zeit noch gaben wir uns beruhigt der Illusion des Nachkriegskonsens auf der Grundlage der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte von 1948 hin. 60 Jahre später ist diese revolutionäre Vision etwas, was wieder erkämpft werden muss.

Obwohl durch alle UN-Mitgliedstaaten formal besiegelt, ist die Universalität, dieser magische Begriff etwas, was man immer noch aufbauen muss; nicht wie Ideen, die man den Menschen im Schatten von Panzern aufzwingen kann, sondern wie ein Prozess des Dialogs, der Überzeugung und des Respekts.

Wir dürfen uns nicht von den ständigen Parolen der Relativisten oder der neuen Revisionisten beirren lassen. Wir dürfen uns nicht scheuen, uns im Dienste von Rechten zu engagieren, die keine Rechte des Westens sind, sondern allgemeingültige Gebote. Und wir dürfen uns nicht scheuen, wenn es notwendig ist, die Stimme zu erheben gegen Regime, die unverhohlen gegen die Menschenrechte verstoßen, die die Grundfreiheiten in Frage stellen und die ihre Minderheiten unterdrücken. Dabei soll es nicht darum gehen, Lektionen zu erteilen, sondern vielmehr darum, den Ideen Leben einzuhauchen, die uns zu dem machen, was wir sind.

Wir sollten uns also weiterhin an der Seite derer in der Welt engagieren, die versuchen, in ihren Ländern Demokratie und Menschenrechte Wirklichkeit werden zu lassen.

Ein weiteres europäisches Erbgut: die sozialen Rechte, eine gewisse Vorstellung von sozialer Gerechtigkeit, kollektives Handeln gegen die Ungleichheiten, die Verteidigung der modernisierten öffentlichen Dienstleistungen.

Man muss kein Fachmann sein, um festzustellen, dass diese Konstruktion heute auf tönernen Füßen steht. Sollen wir also aufgeben und zusehen, wie sie in sich zusammenfällt? Oder aber sollten wir versuchen, um jeden Preis jene Entwicklungen abzuwenden, die wir nicht gutheißen? Seien wir ehrlich: Keine protektionistische Politik kann diese internationalen Entwicklungen stoppen.

Wenn unsere Volkswirtschaften kränkeln, dann profitieren andere Länder im Osten Europas, in Asien oder anderswo von unseren Errungenschaften. Das ist der Lauf der Geschichte, und darin liegt der Fortschritt.

Es ist an uns, unsere Völker, die sich heute bedroht fühlen, davon profitieren zu lassen.

Der jüngste Konflikt um das rumänische Autowerk steht - wie ich finde - für eine zunächst einmal zwangsläufig bittere Entwicklung, die jedoch letztendlich auch heilsam ist; denn sie zwingt uns, unser Sozialmodell neu zu begründen, und zwar auf der Grundlage der Fortschritte und Forderungen, die es ermöglichen, dass Millionen von Menschen jedes Jahr Zugang zu medizinischer Versorgung, Wohlstand und Sozialrechten bekommen - was uns schon seit Langem zu Teil wird.

Die wirkliche Herausforderung Europas ist es, die Globalisierung so zu gestalten, dass wir unsere Systeme schützen, vertiefen und dabei erneuern können. Wenn Europa scheitert, dann hat es sein wichtigstes Ziel verfehlt.

Im Übrigen ist es wieder einmal in Europa, wo die Fragen aufkommen: Diese Bewusstseinswerdung der rumänischen Arbeiter hängt auch mit der europäischen Integration zusammen.

Ich will noch zwei weitere Beispiele anführen, zwei Herausforderungen, bei denen Europa eine fundamentale Rolle zu spielen hat: zum einen die Lebensmittelkrisen, zum anderen der

Klimawandel und die Energie. In diesen beiden Fragen muss Europa an der Spitze der Innovation stehen.

Um aus der Lebensmittelkrise zu lernen, müssen wir uns das dreigliedrige europäische Modell vor Augen halten, das auf drei Grundmechanismen fusst: Regulierung, Zusammenarbeit und Plurifunktionalität der Agrarwirtschaft. Diese Lebensmittelkrise rechtfertigt, der Agrarwirtschaft Priorität einzuräumen und dringend Herstellungsformen auf der Grundlage einer adäquaten öffentlichen Politik zu entwickeln. Was die GAP für das Nachkriegseuropa zu tun vermochte, muss die Europäische Union nun in den Dienst der armen Länder stellen, sodass diese Entsprechendes aufbauen können.

Europa verfügt über ein außergewöhnliches Know-how und trägt besondere Verantwortung, vor allem gegenüber Afrika, dessen Bevölkerung sich bis 2050 mehr als verdoppelt haben wird. Eine Neuausrichtung der internationalen Unterstützung für den produzierenden Agrarsektor, insbesondere in diesen Ländern, wird erforderlich sein. Die Staatsfonds könnten diesbezüglich eine wichtige Rolle spielen: Ich habe Überlegungen in dieser Richtung angestoßen und hoffe, dass diese dazu beitragen, der akuten Lebensmittelunsicherheit so bald wie möglich zu begegnen. Soforthilfe allein genügt nicht. Wir müssen den Bedürfnissen der Afrikaner und aller Landwirte weltweit nachkommen.

Auch müssen wir ganz konkret die Modalitäten überdenken, im Rahmen derer die in tiefgreifendem Wandel begriffene GAP uns helfen kann, aus der Lebensmittelkrise herauszufinden, die in vielen Ländern politische Instabilität hervorruft und die Ergebnisse unserer Hilfs- und Entwicklungspolitik zu gefährden droht. Wenn die Menschen nichts zu essen haben, dann verlieren sie den Glauben an die Demokratie.

In Bezug auf den Klimawandel und die energiepolitischen Herausforderungen hat Europa starken politischen Willen an den Tag gelegt, die europäische Bevölkerung ist sich früh dieser Herausforderungen bewusst geworden. Der Klima-Energie-Plan, den der Europäische Rat im März 2007 unter deutschem EU-Vorsitz beschlossen hat, hat den Handlungsrahmen gesteckt. Die Europäische Union muss nun politische Maßnahmen beschließen, die diesen Zielen gerecht werden.

Aus diesem Grund wollen wir beim kommenden Dezember-Gipfel unter enger Einbeziehung des EU-Parlaments eine politische Vereinbarung über das Klima-Energie-Paket erzielen, sodass die Europäische Union weiterhin treibende Kraft sein kann bei der Konferenz im Dezember 2008 in Posen, d.h. bei der Halbzeit der Verhandlungen, um somit bei der Konferenz 2009 in Kopenhagen zu einer umfassenden Einigung zu gelangen.

Wir Europäer müssen uns über die Verteilung der Pflichten einigen, um bis 2010 eine Reduktion der Treibhausgase um mindestens 20% zu erreichen, ohne dabei unsere Industrien im internationalen Wettbewerb zu benachteiligen. Auch bei den erneuerbaren Energien müssen wir uns auf ein festes Ziel einigen.

Außerdem muss Europa sich entschieden solidarisch zeigen, wenn es darum geht, die armen Länder bei der Anpassung an die Folgen des Klimawandels zu unterstützen. Ich begrüße diesbezüglich das Vorgehen Deutschlands, das sich auf innovative Mechanismen stützt und die Entwicklungsländer über ein Emissionshandelsystem bei der Anpassung an den Klimawandel unterstützt. Das ist gut. Das ist sehr innovativ. Man kann den Entwicklungsländern nicht sagen: „Euch steht die Entwicklung nicht zu, wir waren zuerst da.“

Unser Vorgehen muss auch eine bessere Gewährleistung der Energiesicherheit ermöglichen. Wie können wir kurzfristige Risiken wie Versorgungsunterbrechungen vorbeugen? Wie kommen wir langfristig zurecht angesichts der weltweit drohenden Energieknappheit?

Über diese Fragen, denen wir uns im Rahmen unserer EU-Präsidentschaft annehmen werden, hinaus will ich die Gelegenheit hier in Berlin nutzen, um einige Worte über bei Ihnen - wie ich weiß - sehr kontrovers diskutierte Atomenergie zu sagen. Wie der Europäische Rat unterstrichen hat, halte ich es für notwendig, dieses Thema leidenschaftslos und mit Weitblick anzugehen. Wir wissen um die Unsicherheit der fossilen Energien. Wir wissen um die strategischen, politischen und sozialen Ungleichgewichte, die es morgen im Falle nicht ausgeräumter Energie-Ungleichheiten geben wird. Ich sage nicht, dass die Atomenergie die einzige Lösung ist, und das denke ich auch nicht. Aber sie ist – vorübergehend – ein Teil der Lösung für die Klima- und Energiefragen, dies selbstverständlich unter Achtung der Sicherheits-, Sicherungs- und Nicht-Verbreitungsgebote sowie unter der Voraussetzung, dass man an anderen Wegen und Möglichkeiten arbeitet.

Vor dem Hintergrund seiner Regeltreue, seines transparenten Vorgehens und seiner demokratischen Prozeduren ist Europa heute das geeignete Gremium für den Versuch, umfassende, gerechte und nachhaltige Antworten auf die Herausforderungen der heutigen Zeit zu finden. Die anderen Länder werden dem Beispiel Europas sicherlich bald folgen, wie sie es auch getan haben, als Europa vor allen Anderen - unilaterale - Auflagen formuliert hat, um dem Klimawandel zu begegnen.

Man könnte in diesem Zusammenhang von „Weltgesundheit“ sprechen, für die so viel zu tun ist, für die so viel getan werden kann – vorausgesetzt wir legen Entschlossenheit und Einfallsreichtum an den Tag. Wir wissen, dass die Krankheiten nicht an den menschengemachten Ländergrenzen Halt machen, wir wissen, dass diejenigen, die wir heute anderswo nicht heilen, uns morgen zu Hause bedrohen; wir wissen, dass mangelnde Gesundheit eine der Hauptursachen für die Misere ist. Wir müssen uns also die unvorstellbaren Fortschritte vor Augen führen, die in den vergangenen Jahrzehnten auf internationaler Ebene erreicht worden sind, vor allem im Bereich Aids, aber das ist noch nicht genug; wir dürfen nicht zögern, die bei uns funktionierenden Methoden auch zu exportieren. Eine allgemeingültige Krankenversicherung ist möglich; es ist an uns, diese einzuführen.

Allein Europa kann den internationalen Herausforderungen begegnen, die sich uns stellen. „Ein internationales Europa kann die Dinge verändern“, ließ jüngst der britische Premierminister verlauten, der vor einigen Jahren noch Zweifel hatte, ob der europäische Rahmen überhaupt geeignet sei, um der Globalisierung zu begegnen...

Wie von Staatspräsident Nicolas Sarkozy angekündigt wird eines der Ziele der französischen EU-Präsidentschaft sein, ein Europa zu entwickeln, das diesen neuen politischen Herausforderungen gerecht wird.

Umwelt, Energie, Migration, gemeinsame europäische Außenpolitik, europäische Verteidigung: all das sind Themen, die wir gemeinsam voranbringen wollen.

Meine Mitbürger versprechen sich viel von unserer EU-Präsidentschaft. Ich hoffe, dass sie auch den Erwartungen aller Europäer gerecht wird. Diese Erwartungen sind sehr hoch. Dennoch muss Frankreich diese Präsidentschaft bescheiden angehen. Unser einziges Ziel ist, Europa voranzubringen und uns in den Dienst des allgemeinen europäischen Interesses zu

stellen. Wie Deutschland 2007 gezeigt hat, zielt der halbjährige EU-Vorsitz nicht darauf ab, sein eigenes nationales Programm durchzusetzen, sondern sich in erster Linie in die Kontinuität der aufeinander folgenden Präsidentschaften einzureihen, den Weg für die zukünftigen Arbeiten zu bereiten und dafür alle an Bord zu holen.

Das werden wir tun, und zwar im Zeichen der Verantwortlichkeit, des Dialogs und des Zuhörens. Unsere Zielsetzungen, unsere Prioritäten sind europäischer Natur.

Meine Damen und Herren, unser Europa wird auf die existenziellen Fragen, die sich ihm stellen, Antworten liefern können, wenn es die Welt so betrachtet, wie sie ist, mit all ihren entsetzlichen Wirklichkeiten und ihren tiefen Unsicherheiten. Anstatt sich durch narzisstische Betrachtung selbst zu lähmen, muss Europa einen globalen Blick auf die Welt werfen, auch wenn dieser Bedrohliches enthüllt.

Warum eine „Europäische Union“? Um all diesen Herausforderungen zu begegnen.

Warum die deutsch-französische Sache? Weil wir in Europa nichts erreichen können, wenn Deutschland und Frankreich sich nicht gemeinsam engagieren, um das Europa zu gestalten, das unsere Völker erwarten.

Weil wir so- ohne die unverzichtbare Freundschaft zu den Deutschen zu brechen - unsere Beziehungen zu den Briten erneuern können.

Warum Europa?

Weil ich, wenn ich von Frankreich und Deutschland spreche, „wir“ sage. Es scheint banal, heute, wo unsere Länder sich so nahe stehen, so verbunden sind, so miteinander konkurrieren, aber auch so miteinander verbündet sind, von „wir“ zu sprechen.

Aber wenn man unsere Geschichte kennt, ist dieses „wir“ enorm.

Aber es ist nur dann wirklich enorm, wenn wir über Auschwitz und Verdun hinaus in der Lage sind, „wir“ zu sagen; wenn wir in der Lage sind, „wir“ zu sagen, wenn es um die Zukunft geht und um die internationalen Krisen die regelmäßig auftauchen. Und vor allem,

wenn wir in der Lage sind, dieses „wir“ auf 27 Länder auszuweiten. Denn auch das liegt in der gemeinsamen Verantwortung von Deutschland und Frankreich.

Warum Deutschland und Frankreich?

Weil unsere beiden Länder zusammen die kritische Masse haben, um gemeinsame Ansätze zu starten, die von den anderen akzeptiert werden. Weil unsere beiden Länder entschlossen sind, sich für neue und für die Vertiefung der bereits bestehenden Politiken einzusetzen. Weil unsere beiden Länder die Kraft haben - gemeinsam mit anderen - das „Labor Europas“ zu bleiben. Weil Europa die selbstlose Brüderlichkeit braucht, die wir gemeinsam aufgebaut haben und die wir auf unsere anderen Partner übertragen müssen.

Unsere Verantwortung ist groß. Wenn über Umwege bei einem Sportereignis die Frage der Menschenrechte aufkommt und es darum geht, Verteidigung unserer Werte und verantwortliche Diplomatie miteinander zu verbinden, sind wir dann in der Lage „wir“ zu sagen? Sie wissen, dass es hierauf leider keine klare Antwort gibt; wir müssen uns entschieden dafür einsetzen, dass die Europäer bei solchen Herausforderungen mit einer Stimme sprechen können.

Diese Feststellung darf uns aber nicht lähmen. Gerade weil die Dinge schwierig sind, müssen wir sie gemeinsam anpacken, auch die Fragen, die Irritationen hervorrufen, auch die Fragen, in denen wir divergierende Interessen vertreten. Ist es nicht gerade das, was die deutsch-französische Brüderlichkeit ausmacht: die Überwindung scheinbar unüberwindbarer Hindernisse? Aus diesem Grund will Frankreich seine EU-Präsidentschaft nicht ohne den engen Austausch mit Deutschland vorbereiten. Das ist einer der Gründe, weshalb ich hier bin.

Wir dürfen nicht auf diejenigen hören, die uns immer wieder das Ende des deutsch-französischen Paares prophezeien: diese Ehe hält!. Wir dürfen den falschen Propheten kein Gehör schenken, die behaupten, diese in der Geschichte einzigartigen Beziehungen, diese Beziehungen, deren Beispielhaftigkeit Europa noch lange Zeit bereichern wird, würden auseinanderbrechen. Hören wir auf uns selbst. Wir müssen auf unsere so schwere und zugleich vielschichtige Geschichte hören. Wir müssen auf diejenigen hören, die es vermocht haben, sich von den Bürden ihrer Zeit loszulösen und eine realistische und brüderliche Utopie zu begründen. Wir müssen des Balkans Gehör schenken, die davon träumen, dass die

Geschichte ihres Landes so verläuft wie in Deutschland und Frankreich. Wir müssen unseren eigenen Kindern Gehör schenken, die uns bitten, diesen anspruchsvollen, einfallsreichen und ehrgeizigen Weg weiter zu gehen.

Vor ihnen und für sie „wir“ zu sagen, ist ein Akt des Vertrauens und ein Versprechen, eine Selbstverpflichtung und eine Pflicht.

Ich danke Ihnen.